

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gewerkschaften schüren „Negativität“ und fördern feindselige Beziehungen in Unternehmen.

Keine Angst: das ist natürlich nicht meine Auffassung.

Dieses Zitat stammt von einem US-amerikanischen Unternehmer, der seit ein paar Jahren in Brandenburg Elektroautos bauen lässt.

Damit hat er die Forderungen seiner Belegschaft nach einem Tarifvertrag kommentiert.

Ehrlich gesagt: mich spornt so eine Aussage an
mit geradem Rücken für mehr Tarifbindung zu kämpfen
und die Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft durchzusetzen.

Ich jedenfalls freue mich, dass ich heute bei der 20. Lausitzkonferenz über **„Mehr Sicherheit im Wandel – Tarifverträge in Zeiten der Transformation“** reden kann.

Es ist eine gute und wichtige Tradition der DGB Bezirke Berlin/ Brandenburg und Sachsen zur Lausitzkonferenz einzuladen,

um über Strukturwandel, gute Arbeit und unsere gewerkschaftlichen
Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reden.

An dieser Stelle: Vielen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen von DGB und Revierwende, die diese wichtige Veranstaltung möglich machen

Der Zeitpunkt könnte in diesem Jahr kaum besser, denn die Herausforderungen sind groß.

Lasst mich aus gegebenem Anlass z Beginn kurz auf die Wahlen des letzten Wochenendes eingehen:

Bei aller Nachdenklichkeit über die Ergebnisse, geht eines vielfach unter:
Richtig ist, die demokratischen Parteien haben zusammen weiterhin große
Mehrheiten, um belastbare Antworten zu finden.

Richtig ist aber auch, die selbst erklärte und in Teilen rechtsextreme
„Alternative für Deutschland“ ist in vielen Wahlkreisen stärkste oder
zweitstärkste Kraft geworden
– und dass im Übrigen nicht nur, wenn man den Kompass nach
Osten dreht!

Ihr kennt die Zahlen im Einzelnen, was mich jedoch besonders
nachdenklich stimmt:

Jede/r dritte Arbeiterin und Arbeiter wählte bei der Europawahl die AfD

Alarmierend!

Muss uns wirklich (!) zu denken geben.

Denn: AfD im Kern arbeitnehmerfeindliche Partei, ob bei Mindestlohn,
Tarifautonomie, Rente oder sozialer Sicherung

Vorschläge zielen gegen die erkämpften Rechte der
Beschäftigten

Auftrag, entschieden gegen anti-demokratische und rechtsextreme Kräfte
kämpfen.

Deutlich machen: „Wer AfD wählt, wählt seine eigenen
Rechte als abhängig Beschäftigter ab“

Gerade vor dem Hintergrund der kommenden
Landtagswahlen, müssen wir dies in aller
Deutlichkeit sagen

Entscheidend aber ist, die Vertrauenskrise der Politik zu lösen

Demokratische Parteien in de Verantwortung

Aktuelle Studie der FES: nicht mal 40 % der Bevölkerung traut demokratischer Politik zu, die
Herausforderungen der Zeit zu lösen.

Große Herausforderungen, Krieg, Krise, Transformation

Überforderung – klare Kommunikation und Orientierung notwendig – Wo geht es hin?

Die Ampel hat viel Vertrauen verspielt, und sich zu wenig um die realen
Probleme gekümmert.

In vielen Bereichen Stillstand
Menschen sind unzufrieden
Das wurde deutlich

Schrumpfende Reallöhne, hohe Energiepreise, sinkende Tarifbindung,
Pflegernotstand, unbezahlbares Wohnen und
Fehlende oder nicht ausreichende Investitionen in
Infrastruktur, Bildung, Gesundheit oder und
Transformation

Kann die Unzufriedenheit nachvollziehen

Auftrag der demokratischen Parteien für diese Herausforderungen
machbare Lösungen anzubieten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Blick auf die Arbeitswelt umso wichtiger: starke Gewerkschaften, starke Betriebs- und Personalräte, aktive Kolleginnen und Kollegen arbeiten jeden Tag daran, dass die Arbeitswelt ein Stück gerechter wird,

Unsere gewerkschaftlichen Instrumente, sind die dafür Richtigen und müssen gestärkt werden

Tarifverträge und Mitbestimmung

geben den Menschen Sicherheit,

in der Arbeitswelt und darüber hinaus,

machen Demokratie im Betrieb erlebbar und sichern die Teilhabe
der Beschäftigten

sorgen für mehr Gerechtigkeit und für
gesellschaftlichen Zusammenhalt

In einer unsicheren Welt - in Zeiten von Transformation und Umbruch – ein Fundament der
Verlässlichkeit

Wir haben es schwarz auf weiß:

Da, wo Gewerkschaften aktiv sind, Tarifverträge und Mitbestimmung wirken, geht es den
Menschen besser

Mehr Lohn, Mehr Freizeit, Mehr Mitsprache

Und die Kolleg*innen haben weniger Zukunftsängste,

weil Betriebsräte auf Weiterbildung pochen,

Konzepte für die Zukunft erarbeiten oder über die

Einhaltung von Tarifverträgen wachen

Aber: Tarifbindung und Mitbestimmung rückläufig

Immer weniger Kolleginnen und Kollegen profitieren

Nur noch 42 Prozent der Beschäftigten in Sachsen werden nach Tarif bezahlt.

In Brandenburg sind es 47 Prozent, 1996 waren es noch 77 Prozent!

Satte 30 Prozent mehr.

Mittlerweile in Brandenburg nur noch 19 Prozent der Betriebe tarifgebunden.

In Sachsen 17 Prozent.

Das ist zu wenig!

Immer mehr Arbeitgeber entziehen sich ihrer Verantwortung

Was sagen die Arbeitgeber dazu?

BDA-Präsident Dulger:

Weitaus mehr Betriebe orientieren sich an unseren

Tarifverträgen. Wo ist das Problem?

Nackte Zahlen machen das Problem deutlich:

Löhne in solchen Betrieben deutlich niedriger

Arbeitszeiten länger

Trend der sinkenden Tarifbindung unbedingt stoppen

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen gerechten Strukturwandel unverzichtbar.

Trotz ungemütlicher Zahlen: Lage ist alles andere als aussichtslos

Gewerkschaften verzeichnen massive Mitgliederzuwächse,

In Sachsen sind im letzten Jahr 20.000 Menschen

Gewerkschaftsmitglied geworden

Saldo in Sachsen erstmals seit zehn Jahren positiv.

In der Lausitz: Kolleg*innen erfolgreich Tarifverträge erkämpft

nehmen tariffreie Zonen nicht einfach hin

Stadtwerke Cottbus zurück in der Tarifbindung

Molkerei Niesky den ersten Tarifvertrag des Betriebs erstritten

Wichtige Impulse!

Gerade für die Lausitz,

wo der Kohleausstieg und der Strukturwandel spürbar wird und

es neue tarifgebundene Ersatzarbeitsplätze braucht

Dürfen nicht stehenbleiben

Organisationsmacht weiter ausbauen

aktiv einbringen

Stimme der Beschäftigten stärken

Als DGB unterstützen wir Mitgliedsgewerkschaften mit der Tarifwende-Kampagne!

Aber nicht nur die Gewerkschaften müssen in die Bütt,

auch Staat und Gesellschaft Beitrag leisten

Bündel von Maßnahmen notwendig

Tariftreue-Gesetz: Im Koalitionsvertrag der Ampel

FDP muss sich bewegen

Darüber hinaus

Erleichterung von Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen

Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften

Auf Bundesebene: Werden uns für ambitionierte Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie einsetzen.

Das bedeutet: Mindestlohn rauf auf 14 Euro!

Bis November muss ein Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung

vorlegt werden

Diese Richtlinie gäbe es ohne die Gewerkschaften übrigens nicht.

Liebe Kolleg*innen, Tarifverträge und demokratische Mitbestimmung sind kein Selbstzweck.

Auch nicht im Strukturwandel:

Ohne Tarifverträge gibt es keinen gerechten Strukturwandel

Mitbestimmung im Zusammenspiel mit Tarifverträgen schaffen

Stabilität und Sicherheit

Zudem: Mitbestimmung wirkt sich positiv auf die Transformation des Unternehmens aus:
Tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen wirtschaften nachhaltiger
engagieren sich mehr für den Klimaschutz.
Gerade, weil die Beschäftigten mitbestimmen und mitgestalten.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben ein unglaubliches Fachwissen
Kennen die Praxis
Wissen, was funktioniert und was nicht.
Das gilt es zu nutzen.

Deshalb pochen wir seit Beginn des Kohleausstiegs auf tarifgebundene und mitbestimmte
Ersatzarbeitsplätze
Haben wir auf DGB-Lausitzkonferenzen immer wieder deutlich gemacht

Die Versprechen der Bundesregierung im Rahmen der Kohlekommission müssen eingehalten werden
Das Neue muss kommen, bevor das Alte geht
Es braucht verlässliche Perspektiven
Eine bessere Infrastruktur
Neue, gut bezahlte Industriearbeitsplätze

Dafür kämpfen die Gewerkschaften und der DGB
Wir werden mit Argusaugen auf die Umsetzung schauen

Dafür haben wir das Projekt Revierwende ins Leben gerufen.
um die Stimme der Beschäftigten in den Revieren zu stärken

Revierwende wirkt: Gewerkschaftliche Ressourcen ausgebaut, zur Vernetzung beigetragen,
Unterstützung von Gewerkschaften und Betriebsräten

Der Strukturwandel schreitet voran:

Jedes Revier hat Leuchtturmprojekte, die auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze einzahlen,
besonders in Cottbus zu sehen:

- Bahninstandhaltungswerk Cottbus: Seit Januar 400 Beschäftigte in Arbeit, insgesamt entstehen 1.200 Industriearbeitsplätze
- Carl-Thiem-Klinikum wird zum Universitätskrankenhaus umgebaut: 1.000 zusätzliche Stellen, Revierwende begleitet, unterstützt Betriebsrat
- Weitere Gute Nachricht aus Europa für die Lausitz: LEAG-Entschädigungszahlungen wurden genehmigt. Sicherheit für Absicherung der Beschäftigten.

Aber es gibt auch noch viel Luft nach oben
Kaum verbindliche Kriterien zur Guten Arbeit bei der Strukturmittelvergabe
Nicht in Ordnung!
Brauchen wir für gerechte Gestaltung des Strukturwandels

In diesem Zusammenhang:

Es ist richtig und wichtig, dass das BMWK künftig mehr Flexibilität in der Strukturförderung
erlauben und auch Unternehmensansiedlungen direkt fördern will.

Laut BMWK: Unternehmensförderung nur bis zum Auslaufen des befristeten EU-Beihilferahmens (TCTF)
Ende nächsten Jahres möglich

Wir fordern: dauerhafte und finanziell besser ausgestattete Lösung die nicht zu Lasten
bestehender Programme geht

Eines muss jedoch immer gelten:

Wo öffentliche Gelder fließen, müssen Tarifverträge gelten und
Standortgarantien von den Unternehmen abgegeben werden

Wer Gute Arbeit und Beschäftigung in der Transformation stärken will, muss Fördermittel konditionieren.

Negativbeispiel: Thyssen Krupp

Milliarden-Fördermittel zur Transformation der Stahlsparte erhalten

Halbes Jahr später: Konzern verkauft 20 Prozent seiner Stahlsparte an
EPCG-Holding (denen gehört auch die LEAG)

Gegen die Interessen der Beschäftigten und Vertreter*innen im
Aufsichtsrat

Arbeitsplätze drohen

Vorgang bei Thyssen Krupp muss allen die Augen öffnen:

Milliardenschwere Förderungen kann es nur mit Standortgarantien, Beschäftigungssicherung
und Tarifvertrag geben

Politik muss dafür sorgen

Die Wahrheit ist aber auch:

Mit mehr Tarifverträgen allein retten wir nicht die Welt

Wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung fortführt, werden weitere
Arbeitsplätze und Wertschöpfung verloren gehen

BASF investiert verstärkt in China

VW baut E-Auto Werk für 2 Mrd. in den USA

Stellenabbau bei Bosch

Solarpanelhersteller Meyer Burger verlagert den Standort

Jeder verlorene Arbeitsplatz ist einer zu viel

Politik massiv gefordert

Die restriktive Haushaltspolitik und selbst verschuldete Handlungsunfähigkeit
der Ampel gefährden Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Das ist brandgefährlich
macht mir große Sorgen.

Denn: Arbeitsplatzverluste, Abstiegsängste und soziale Verwerfungen treiben
die Menschen zu den Rattenfängern

Ich sage ganz klar:

Wir brauchen keine Politik, die zuschaut

Wir brauchen einen aktiven Staat, der massiv investiert.

Ein Investitionsprogramm für das Gemeinwohl,
dass den Umbau der Wirtschaft vorantreibt,
industrielle Wertschöpfung sichert,
Erneuerbaren Energien massiv ausbaut,
und öffentliche Infrastruktur verbessert.

So eine Modernisierung der Infrastruktur und der Wirtschaft kostet Geld

Schätzungen: Über 800 Milliarden an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen bis
2030 allein für den ökologischen Umbau

Hier muss der Staat die Schatulle aufmachen
Ideologische Scheuklappen beiseitelegen

Eine grundlegende Reform der Schuldenbremse

Zusätzliches Sondervermögen wäre sinnvoll

Ein gerechtes Steuersystem

Und: Eine Stärkung von Tarifbindung und Guter Arbeit.

In weniger als 100 Tagen werden die für Lausitz wichtigen Landtage in Brandenburg und Sachsen
gewählt;

Der DGB wird die demokratischen Parteien daran messen, ob sie die konkrete
Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zum Thema
machen

Glaubwürdige Umsetzungsvorschläge machen,

damit Gute Arbeit und Tarifverträge gestärkt werden

damit der Strukturwandel unter Beteiligung der arbeitenden Menschen
gerecht gestaltet wird

damit eine gute wirtschaftlich starke und lebenswerte Zukunft bekommt.

Dafür stehen wir. Und dafür kämpfen wir gemeinsam.

Lasst uns diese Botschaft stark machen.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit

Glück auf!